

Chancengleichheit und Integration

Arbeitgeber und Sozialbehörden ziehen am selben Strang

Wenn von beruflicher Integration die Rede ist, stehen meist Menschen mit einer Behinderung, Mütter oder ältere Arbeitnehmende im Fokus. Um aber auch Menschen aus der Sozialhilfe den (Wieder-)Einstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen, arbeiten Arbeitgeber und behördliche Instanzen vermehrt zusammen. An einer Tagung kam dies etwa bei den Positionen zum zweiten Arbeitsmarkt und zu prekären Arbeitsverhältnissen zum Ausdruck. **Daniela Baumann**



Bild: iStockphoto.com / ivstudio

Zwei Akteure – ein Ziel: Menschen aus der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt integrieren.

Dass die berufliche Integration von Menschen, die aus verschiedenen Gründen keiner Erwerbsarbeit nachgehen, für alle Beteiligten Vorteile bringt, ist kaum bestritten. Arbeiten erfüllt so elementare Funktionen wie Existenzsicherung, Entwicklung von Persönlichkeit und Kompetenzen, Identitätsstiftung und Anerkennung. Eine funktionierende Wirtschaft ist ihrerseits auf Arbeitskräfte angewiesen. Da es heute in vielen Bereichen schwierig ist, geeignetes Personal zu finden, und die Rekrutierung im Ausland an Grenzen stösst, kommt der optimalen Ausschöpfung der einheimischen Ressourcen eine zunehmende Bedeutung zu. Es gilt, Potenziale auch in jenen Personengruppen zu erkennen und zu nutzen, die auf dem Arbeitsmarkt bislang noch zu wenig Beachtung finden, aber durchaus einen wertvollen Beitrag leisten können.

Zu diesen Zielgruppen zählen handycapitierte Menschen genauso wie jugendliche Berufseinsteiger oder ältere Arbeitnehmende. In Vergessenheit gerät dabei häufig ein weiterer Personenkreis, dessen Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt besonders schlecht sind: langzeitarbeitslose, aus-

gesteuerte Menschen, die in der Regel von der Sozialhilfe abhängig sind.

Der erste Arbeitsmarkt als Ziel

Dem Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) ist es ein Anliegen, die Arbeitsintegration von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger zu enttabuisieren und zusammen mit den Behörden nach Lösungen zu suchen, um ihnen den Einstieg beziehungsweise die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Aus diesem Grund führten der SAV und die Städteinitiative Sozialpolitik – eine Vereinigung, welche die sozialpolitischen Interessen zahlreicher Schweizer Städte vertritt – gemeinsam eine Konferenz durch. Martin Waser, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und Vorsteher des Sozialdepartements der Stadt Zürich, eröffnete die Tagung. Unter dem Titel «Markt und Sozialhilfe: Herausforderung Arbeitsintegration» diente sie dem Austausch praktischer Erfahrungen und bot Raum zur Diskussion von Fragen, zum Beispiel nach den Erfolgsfaktoren und Hindernissen des Abklärungs- und Integrationsprozesses oder zur Bedeutung

des zweiten Arbeitsmarkts als Sprungbrett für Sozialhilfebeziehende.

Motivation entscheidet über Erfolg

Reto Gugg, Direktor Soziale Einrichtungen und Betriebe der Stadt Zürich, hielt aufgrund seiner Erfahrungen mit den hiesigen Arbeitsintegrations-Programmen fest: «Es gelingt zwar recht oft, aber nicht immer, Menschen aus der Sozialhilfe in eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt zu führen.» Für den Erfolg entscheidend sei primär die Motivation der betreffenden Person. Ausserdem sei es wichtig, im Einzelfall einen passenden, meist niederschweligen Einstieg in eine Arbeitstätigkeit zu finden, auf dem sich anschliessend aufbauen lasse.

Jean-Charles Rey, Professor an der Hochschule für soziale Arbeit Wallis, berichtete Ähnliches: «Der Reintegrationsprozess muss dort anfangen, wo die Personen stehen.» So bestünden erste Etappen etwa darin, angemessen mit Kollegen zu interagieren oder sich überhaupt an eine Beschäftigung zu gewöhnen. Reys Ausführungen basierten auf dem Erfahrungsaustausch im Westschweizer Rat für Integration durch Erwerbstätigkeit (Conseil romand de l'insertion par l'économique), dem rund 30 in der Eingliederung aktive Institutionen und Unternehmen angehören.

Besser ein prekäres Arbeitsverhältnis als keines

Einigkeit herrschte unter den Integrationsfachleuten auch dahingehend, dass sich Massnahmen am Bedarf der Wirtschaft ausrichten und so wenig wie möglich von den Bedingungen im ersten Arbeitsmarkt unterscheiden sollten. «Es macht keinen Sinn, wenn ein Integrationsplatz für einen Schreiner mit anderen Maschinen ausgestattet ist als eine normale Schreinerei», nannte Rey ein Beispiel. Dementsprechend setzt man heute in der Begleitung bei der täglichen Arbeit anstelle von Sozialarbeitern auf Fachspezialisten mit einer agogischen Zusatzausbildung.

Wie die Erfahrung zeigt, reichen jedoch diese Faktoren oft nicht für den Übertritt in ein unbefristetes und existenzsicherndes Arbeitsverhältnis. Es sei meist einfacher, die Klienten in so-

genannt prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermitteln als in sichere Stellen, so Reto Gugg. Er wandte sich nicht per se gegen diesen Umstand: «Wir vertreten eine pragmatische Ansicht: lieber erst einmal eine solche Stelle als gar keine. In der Regel ergeben sich Möglichkeiten für eine bessere Anstellung, nachdem der Einstieg geschafft ist.»

Höhere Wirtschaftlichkeit bei gleicher Wirkung

Gute Erfahrungen macht die Stadt Zürich mit zielgruppendurchmischten Beschäftigungsprogrammen. Waren die Angebote traditionell nach Fallgruppen getrennt, arbeiten heute in Zürich Sozialhilfebeziehende, arbeitslose Jugendliche und Menschen mit Behinderung in branchenorientierten Betrieben zusammen. «Zum einen lernen die unterschiedlichen Zielgruppen voneinander, zum anderen können wir Schwankungen bei der Nachfrage besser ausgleichen und die Betriebe besser auslasten», erklärte Gugg die Vorteile.

Denn klar ist: Arbeitsintegration muss wirtschaftlich sein. Anhand einiger Zahlen zeigte Gugg auf, dass die Stadt Zürich die Rentabilität ihrer Angebote in den letzten Jahren optimierte. Bei nur geringer Zunahme der Anzahl Integrationsplätze im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr legten die erwirtschafteten Erträge deutlich zu. Die Nettokosten pro Platz zulasten der Stadt sanken zwischen 2010 und 2012 von 13 600 auf noch gut 10 100 Franken. «Wir sind immer wirtschaftlicher geworden – ohne negativen Einfluss auf den Erfolg der Massnahmen. Jetzt sind wir aber an der unteren Grenze angelangt», kommentierte Reto Gugg die positive Entwicklung. Die Vermittlungsquote der Stadtzürcher Arbeitsintegration lag über die letzten drei Jahre relativ konstant bei etwa 30 Prozent. Das heisst, dass ein knapper Drittel im Anschluss eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt angetreten hat.

Gemäss Jean-Charles Rey spielt für eine erfolgreiche und nachhaltige Platzierung in der Wirtschaft auch die Berufsbildung eine zentrale Rolle. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass die Sozialhilfe in den wenigsten Kantonen in der Lage sei, ihren Klienten eine von den Arbeitgebern anerkannte Qualifi-

zierung zu finanzieren. In dasselbe Horn blies Christoph Solenthaler, CEO der Firma Solenthaler Recycling AG. Er ortete in der mangelnden Bildung der Betroffenen die grösste Knacknuss für die Eingliederung von Sozialhilfeempfängern.

Arbeitgeber appelliert an Arbeitgeber

Die Solenthaler Recycling AG strebt laut deren Chef ein Gleichgewicht zwischen Gewinnorientierung und sozialen sowie ökologischen Zielen an. Das bedeute unter anderem, Sozialhilfebezüger nicht als Opfer wahrzunehmen, sondern ihnen Wertschätzung und Aufmerksamkeit entgegenzubringen und die Chance auf eine Anstellung zu geben. «Mir scheint sehr wichtig, dass diese Menschen stolz darauf sein können, eine sinnvolle Arbeit auszuführen und einen Mehrwert für die Gesellschaft zu erbringen», erklärte Solenthaler. Gleichzeitig stellte er aber auch klar, dass er im Gegenzug Pünktlichkeit, Durchhaltevermögen und die Einhaltung von Anstandsregeln erwartet. «Ehrliches Lob und faire Kritik sind der beste Weg, Menschen zu entwickeln», ist er überzeugt.

Trotz allen guten Willens ist für die Arbeitgeber klar, dass eine direkte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt nicht immer realistisch ist. Man müsse deshalb auch über Alternativen diskutieren, sagte Roland A. Müller, designierter Direktor des SAV. «Wir unterstützen heute ‹Steigbügel› wie Sozialfirmen oder Teillohn-Modelle, solange sie den ersten Arbeitsmarkt nicht konkurrenzieren.» Auch Christoph Solenthaler, selbst Verwaltungsrat einer Sozialfirma, bejahte diese Zwischenstufen im Integrationsprozess. Er wies darauf hin, dass sich für den zweiten Arbeitsmarkt insbesondere Tätigkeiten eigneten, welche die Firmen ansonsten ins Ausland verlagerten.

Solenthaler appellierte nachdrücklich an die Arbeitgebenden, ihre Verantwortung wahrzunehmen und das System aktiv mitzutragen. Etwa, indem sie analysierten, ob sich Aufträge an Sozialfirmen anstatt ins Ausland vergeben liessen. «Wir Unternehmer haben es in der Hand. Wenn wir Ausgesteuerte nicht integrieren, bezahlt die Volkswirtschaft einen enorm hohen Preis.» ■